

Verkaufpreis: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G. P. Klagen 50 G. P. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%.

Mittwoch, den 22. Oktober 1924.

Wegzugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 40 Goldpfennig wöchentlich. Postbezugspreis 40 Goldpfennig ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Reichstagsneuwahlen am 7. Dezember.

Verordnung des Reichspräsidenten.

Berlin, 21. Okt. Der Reichspräsident hat durch Verordnung vom 21. Oktober 1924 den Termin für die Neuwahlen zum Reichstag auf den 7. Dezember festgesetzt.

An das deutsche Volk.

Berlin, 21. Okt. Die Reichsregierung wendet sich mit folgender Kundgebung an das deutsche Volk:

Nach kurzer Zeit steht das deutsche Volk wiederum vor der Aufgabe, einen neuen Reichstag zu wählen. Im alten Reichstag hatte die Regierung keine feste arbeitsfähige Mehrheit. Ihre mannigfaltigen ersuchten Bemühungen, eine solche zu schaffen, führten nicht zum Ziel. Beidem Endes schütterten sie deshalb, weil noch die unter den Nachwirkungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs getätigte Wahl vom 4. Mai die radikalen Elemente allzusehr gestärkt und dadurch die aufbauende Arbeit der übrigen Parteien außerordentlich erschwert hatte. Das Wohl des deutschen Volkes fordert, daß dieser Mangel durch Neuwahlen beseitigt wird. Nachdem der Londoner Pakt angenommen und seine Durchführung bereits eingeleitet ist, muß die unter schweren Opfern, aber mit sichtbarem Erfolge geführte Politik der Regierung selbsterneuert werden und für die Zukunft gesichert werden. Auch der wirtschaftliche Wiederaufbau hat eine ruhige Fortentwicklung der deutschen Politik nach außen und im Innern zur Voraussetzung. Sie ist aber nur dann gesichert, wenn sich alle am Wiederaufbau beteiligten Parteien entschlossen auf den Boden der Verfassung stellen und diese gegen jeglichen ungesetzlichen Angriff, gleich von welcher Seite er kommen mag, verteidigen. Im neuen Reichstag müssen die einigenden Kräfte stärker sein als die entzweierenden. Die radikalen Elemente sollen durch die Neuwahl ausgeschaltet werden. Ist es nicht eine Schande, daß der deutsche Reichstag mit politischer Hilfe tagen muß und sich die Extreme von rechts und links die Hand reichen, um seine Arbeit zu sabotieren? Soll das deutsche Volk im Innern weiter gesunden, soll nach außen die neu erworbene Geltung erhalten und gemehrt werden, so muß die Regierung sich auf eine feste Mehrheit stützen können. Auch die Parteizersplitterung der letzten Wahlen steht dem entgegen. Es dürfen nicht wie am 4. Mai nahezu 1 Million Stimmen vergeblich abgegeben werden. Nicht in der Zersplitterung liegt das Heil, sondern im Streben zum Ganzen und zur Einheit. Möge sich das deutsche Volk von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, wenn es bei der kommenden Wahl über seine Zukunft entscheidet!

Der Reichskanzler zur Lage.

Berlin, 21. Okt. In einer Unterredung mit dem Vertreter des Volkbüros sprach sich der Reichskanzler über seine Bemühungen um eine Erweiterung der Reichsregierung zwecks Herstellung einer sicheren Mehrheit im Reichstag aus. Er führte dabei aus, wie nach den bekannten Vereinbarungen zwischen den Vertretern der Regierungsparteien und Deutschnationalen gelegentlich der Abstimmung über die Dawesgesetze die Frage der Regierungserweiterung dringend geworden war, habe er geglaubt, diese am besten und innens- und außenpolitisch am erträglichsten durch die Einbeziehung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen bewerkstelligen zu sollen. Trotz weitgehender sachlicher Übereinstimmung dieser beiden Parteien hinsichtlich der Übernahme der innen- und außenpolitisch aus den Londoner Abmachungen und Dawesgesetzen sich ergebenden Konsequenzen sei es ihm leider nicht möglich gewesen, den Gedanken der Volksgemeinschaft zu verwirklichen, weil von deutschnationaler Seite über die vom Kanzler aufgestellten Richtlinien hinaus Forderungen erhoben wurden, die von den Sozialdemokraten als nicht vereinbar mit der von ihm erstrebten Volksgemeinschaft erachtet wurden. Obwohl dem Kanzler der Zeitpunkt zur Regierungserweiterung nach rechts als verflücht erschien, habe er angesichts der durch den Beschluß der Deutschen Volkspartei geschaffenen Unmöglichkeit des Fortbestandes der jetzigen Regierungskoalition ernsthaft den Versuch unternommen, durch die Einbeziehung der Deutschnationalen in die Regierung eine sichere Basis für die Regierung zu schaffen.

Voraussetzung dieses Versuches wäre gewesen, einmal die Schaffung von Sicherheiten dafür, daß insbesondere die bislang verfolgte Außenpolitik fortgeführt würde, zum anderen die Schaffung einer verlässlichen Reichstagsmehrheit. Dazu hätten die Deutschdemokraten in der Koalition verbleiben und außerdem alle Stimmen innerhalb der nach rechts erweiterten Koalition

der Regierung sicher sein müssen. Die Deutschdemokraten teilten jedoch in wiederholten Beschlüssen mit, daß sie einer einseitigen Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht zustimmen könnten und machten ihr Verbleiben in der Regierung davon abhängig, daß die Einbeziehung der Deutschnationalen unterbleibe. Bei dieser Sachlage war der Hauptgrund für die Regierungserweiterung, nämlich die Festigung einer Regierungsmehrheit, hinfällig geworden, umso mehr als es keineswegs sicher war, daß gerade der Regierung bei den wichtigsten Entscheidungen restlos alle Stimmen der neuen Koalition zufallen würden.

Der Reichskanzler schloß: „In den letzten Tagen verstärkte sich insbesondere der Eindruck, daß die deutschnationalen Stimmen nur dann für die Regierung sicher sein würden, wenn die Deutschnationalen auch durch Männer in der Regierung vertreten wären, die gegen die Dawesgesetze stimmten und Vertrauensmänner des rechten Flügels der deutschnationalen Partei sind. Die Erkenntnis wurde daher immer stärker, daß die Bildung einer sicheren Regierungsmehrheit nicht möglich war.“ So habe er im Reichskabinetttag übereinstimmende Billigung für einen Entschluß gefunden, dem Reichspräsidenten den Antrag auf die Auflösung des Reichstages zu unterbreiten. Das deutsche Volk sei nun erneut vor die erste Entscheidung gestellt, einen Reichstag zu wählen, der die schweren Aufgaben der kommenden Monate lösen und Deutschland im Ausland das wieder erworbene Vertrauen erhalten könne. Er hoffe, daß der Wahlkampf nicht von kleinlichen Parteizänkereien beherrscht sein werde. Die Schuld an dem Wiederaufbau liege daran, daß die Neuwahlen im Reichstag Zustände schufen, die ein erspriechliches Arbeiten unmöglich machten. Von der neuen Entscheidung des deutschen Volkes werde es abhängen, ob die Politik der Reichsregierung, die Deutschland im letzten Jahr trotz allem vorangebracht hat, zukünftig gesichert sein werde.

Der Auftakt zum Wahlkampf.

Die Kundgebungen der Parteien.

Berlin, 21. Okt. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion betont in einer Kundgebung zum beginnenden Wahlkampf, daß die deutschnationalen Partei nach wie vor monarchisch, völkisch, christlich und sozial bleibe u. ihre Ziele, die Reinigung des politischen Lebens vom Novembergeist und vom Erfüllungsgestirn seien. Die unausschiebbaren Aufgaben der Aufwertung, Beamtengesetzgebung, Neuordnung der Handelsbeziehungen zum Ausland und des Schutzes der nationalen Wirtschaft müßten in den letzten Wochen zurückstehen. Das neue Parlament werde die Aufgabe haben, einen solchen unfähigen Parlamentarismus zu überwinden. Eine Regierung sei nur möglich ohne Sozialdemokratie und ein Aufstieg nur im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Die Volksgemeinschaft könne nur im Kampfe gegen die Auffassung der Sozialdemokratie durchgesetzt werden.

Die Verhandlungsführer der Deutschen Volkspartei im Reichstage veröffentlichten eine Erklärung, worin betont wird, daß die Deutsche Volkspartei seit Jahresfrist für die Bildung einer tragfähigen Mehrheitsregierung aus den staatsbeherrschenden bürgerlichen Parteien kämpfe. Die Mitübernahme der Regierungsverantwortung durch die deutschnationalen Volkspartei und die Bindung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Kräfte seien Garantien für eine im europäischen Interesse erforderliche Stetigkeit der deutschen Außenpolitik. Innerpolitisch sei die Ablehnung der deutschnationalen Volkspartei ein Ausfluß des Kampfes gegen den Kampfgedanken und eine Folge mißverstandenen Republikanismus.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages erläßt folgende Kundgebung: Der Reichstag und der preussische Landtag sind aufgelöst. Ein bedeutsamer Wahlkampf steht bevor. Die Zentrumsfraktion hat ihn nicht gesucht, sie sieht ihn jedoch in der Ueberzeugung von der Richtigkeit und der vaterländischen Notwendigkeit ihrer Politik und im Vertrauen auf die bewährte Treue ihrer Wähler mit unbeirrbarer Zuversicht entgegen. Am 27. und 28. 10. tagt der Reichsparteitag. Seine vornehmste Aufgabe wird es sein, die große Linie für den kommenden Wahlkampf zu ziehen. Deshalb keine vorzeitigen Kundgebungen Einzelner! In unseren Reihen möge man die Beschlüsse des Parteitages abwarten.

Neueste Nachrichten.

Die Reichstagswahlen sind auf den 7. Dezember angesetzt worden.

Die Parteien haben bereits begonnen, Kundgebungen zu den Neuwahlen zu ertönen.

Die Berliner Presse nimmt zu der Reichstagsauflösung durchweg in zustimmendem Sinne Stellung und bereitet auf einen mit großer Schärfe geführten Wahlkampf vor.

In der deutschnationalen Presse kommt der Wunsch nach einer Einheitsfront zwischen Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei zum Ausdruck.

Der württembergische Landtag hat gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen und mit der Rede des Finanzministers die Etatsdebatte begonnen.

Die demokratische Reichstagsfraktion erließ eine Kundgebung, worin gesagt wird, daß die Deutsche Volkspartei allein dafür verantwortlich sei, daß jetzt der Aufbau des Reichs und der Wirtschaft durch Neuwahlen gestört werde. Die Kundgebung schließt: Wir kämpfen dagegen, daß die Nation durch innerpolitische Kämpfe zerrissen oder geschwächt wird, für das Reich, für die Republik, für Rheinland und die besetzten Gebiete, für die wahre Volksgemeinschaft und für ein freies Deutschland unter freien Völkern Europas.

Dr. Stresemann zu den Neuwahlen.

Berlin, 21. Okt. Reichsminister Dr. Stresemann erklärte einem Mitarbeiter des „8-Uhr-Abendblattes“ zu den kommenden Reichstagswahlen: Was bleiben muß als Kristallisationspunkt für die künftige Kabinettsbildung ist eine verstärkte Mitte. Dazu ist aber auch notwendig, daß die Parteien, die sich auf den Boden dieser Anschauungen stellen, sich auch zu dieser Politik der Mitte bekennen und keine Neigung zu links oder rechts haben. Nur auf diese Weise läßt sich die deutsche Politik ausbalancieren und läßt sich die Möglichkeit schaffen, zu einer tragfähigen Mehrheit zu kommen, die sowohl nach innen wie nach außen auch den Anschein vermeidet, als wenn wir auf eine reaktionäre Politik in Deutschland zusteuern würden. Stresemann glaubt übrigens, daß die Extreme rechts und links bei den Wahlen eine schwere Niederlage erleiden würden. — Auch der Vorsitzende der Deutschdemokratischen Partei, Koch, setzt sich in einer vom „Börsekurier“ veröffentlichten Erklärung für die Fortsetzung der bisherigen Politik der Mitte ein und sagt: Ich denke, das deutsche Volk wird seinen Fehler vom Frühjahr nicht wiederholen. Wir wollen keine Spaltung des Volkssinnes in Links- und Rechtsparteien. Unsere Politik ist und bleibt die Politik der Mitte.

Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit im besetzten Gebiet.

Koblenz, 21. Okt. Die Rheinlandkommission gibt bekannt: Die alliierten und die deutschen Delegierten haben ein allgemeines Kompromiß unterzeichnet, das die Mehrzahl der schwebenden Fragen regelt und die bestehenden Kaufverträge, die vom leitenden Sachausschuß abgeschlossen wurden, berücksichtigt, um die Rechte der Käufer zu wahren. Andererseits sind Sonderbestimmungen zu Gunsten des ausländischen Handels vorgesehen, um die Uebergänge zu mildern. Schließlich haben die deutschen Behörden in formeller Weise anerkannt, daß Waren aller Art, die in regelrechter Weise unter dem alliierten Regime eingeführt wurden, frei und ohne eine vorher eingeholte Genehmigung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet zirkulieren können. Die Rheinlandkommission ließ zu, daß die deutschen Zoll-, Außenhandels- und Postdienststellen schon heute ihre regelrechten Befugnisse wiederaufnehmen können. Sie erließ gestern eine Verordnung, wonach mit der Aufhebung der französisch-belgischen Regie mit dem 28. 10. alle seit dem 11. 1. 1923 zur Ausbeutung der Pfänder geschaffenen Dienstzweige aufgehoben und ebenfalls alle Gruben, Kolereien und andere Industrie-, land- und forstwirtschaftlichen, sowie Schiffahrtsunternehmen ihren Besitzern zurückgegeben werden. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Eine Verordnung ähnlichen Inhalts wurde von dem Oberkommandierenden der Rheinarmee für das Ruhrgebiet und den Brückenkopf von Düsseldorf erlassen.

iele.
stellung
mpf
s Calw.
tschland.
mpf.
ktion.
ff, ge-
legant
ikel
rker
huhe
n
n
errätig,
ter Zeit
Mittl.
Brücke
erg.
okobst,
Kraut
kauf bei
mann.
n Wunsch
a Mittwoch
mark
dieselbst
letztmal
entgegen.
oll
Witberg.
st-
en-
ben im
agblatt
erfolg.

Die Wirren im fernen Osten.

Die Kämpfe in China sind Nachläufer des Weltkrieges. Auch ohne die Feststellung des „Times“-Korrespondenten in Peking wußte man, daß Japan und Frankreich die aufrichtigen chinesischen Gouverneure gegen die offizielle Regierung unterstützen. Immerhin entbehrt es nicht eines gewissen Reizes zu erfahren, daß kein Dampfer von Marseille nach dem fernen Osten abgeht, ohne Kriegsmaterial für den mandchurischen Marschall Tschang-Tso-Lin mitzunehmen. Im einzelnen sollen Flugzeuge und Maschinengewehre festgestellt worden sein.

Der chinesische Bürgerkrieg ist im Grunde eine Auseinandersetzung zwischen den am pazifistischen Ozean interessierten Mächten. Japan kämpft den großen Kampf gegen die angelsächsische Macht und zwar gegen das ungasilische Amerika und gegen die gleichfalls der japanischen Einwanderung sehr abholden britischen Dominions Australien und Neuseeland. Frankreich, das sich seit Beendigung des Weltkrieges in einem sich ständig verschärfenden Gegensatz zu England befindet, ist hierbei der eigentliche Bundesgenosse Japans. Es ist anzunehmen, daß Herriot nichts von den Kriegsmaterialtransporten weiß, die sich ein paar hundert Kilometer südlich Paris von Marseille ablaufend zu vollziehen scheinen. Weiß aber der französische Kabinettschef von der militärischen Unterstützung, die die ausländischen Generale unter der Trikolore geleistet erhalten, so ist ein wohlwollendes Stillschweigen mit seiner Genfer Rede von Anfang September auf keine Weise in Einklang zu bringen.

Die Anhänger der Sowjetregierung und die von ihr instruierten kommunistischen Blätter schreien Zeter und Mordio über die imperialistischen Intrigen, die sich im fernen und nahen Osten abspielen. Wenn man den Berichten der taufoischen Sowjetbehörden Glauben schenken darf, so war der jüngste Aufstand der Menschewitsch in Georgien ein Werk Macdonalds, also des Mannes, dem die Idee des Weltfriedens angeblich besonders nahe am Herzen liegt. Auch die sonstigen weißgardistischen Komplotte, die sich in Sowjetrußland ereignet haben, werden bekanntlich den kapitalistischen Westmächten zur Last gelegt.

Obwohl es sich bei diesen Revolutionen und auch bei dem chinesischen Bürgerkrieg um verhältnismäßig wenig blutige Auseinandersetzungen handelt, zeigt sich doch, daß die durch den Weltkrieg keineswegs überbrückten Gegensätze zwischen den großen Weltvölkern den Ausschlag geben wollen. Vor 111 Jahren wurde vor den Toren Leipzigs die Völkerschlacht einer ganzen Reihe europäischer Völker gegen Napoleon geschlagen. Der vaterländische Krieg gegen den Westeuropäer wurde damals mindestens angeregt und finanziert durch das in seiner Weltstellung bedrohte England. Auch im Weltkrieg von 1914—18 spielte die Besorgnis Englands, in seiner weltwirtschaftlichen Geltung herabgesetzt zu werden, eine große Rolle. Ueber die Kriegsabsichten Petersburger und Pariser Staatsmänner sind wir ja dank der Schreibfreudigkeit und dank dem politischen Fanatismus der heutigen Sowjelmacht sehr gut unterrichtet. Weniger deutlich ist die Rolle, die England bei der Anzettelung des Weltkrieges gespielt hat. Das deutsche Volksempfinden in den ersten Kriegsmomenten, welches das Wort prägte „Gott strafe England“, hat zweifellos grundsätzlich das Richtige getroffen, wenn es annahm, daß England durch seine wirtschaftspolitische Eifersucht gegenüber dem Deutschen Reich veranlaßt worden ist, die Pläne der französischen und russischen Kriegsheher zu unterstützen. In der Ära der jetzt gestürzten britischen Arbeiterregierung muß man eine Art Reaktion gegen die bisher geübte brutale imperialistische Politik Großbritanniens erblicken. Wenn die englischen Konservativen und Liberalen dem Pazifisten Macdonald immerhin doch beinahe dreiviertel Jahr das Regieren ermöglicht haben, so ist das vielleicht dadurch zu erklären, daß die beiden klassischen in der Tradition des britischen Weltreiches wirkenden Parteien in der Welt den Eindruck verwißten wollten, den das Verhalten Englands vor, in und nach dem Kriege gemacht hat. Man hat in den Völkerschlachten, die zwar nicht mit dem Blute, wohl aber mit dem Gelde der Weltvölker geführt werden, eine Art Training für künftige schärfere Auseinandersetzungen zu erblicken. Im fernen Osten suchen sich die großen Staaten gegenseitig aus Nachpositionen herauszumanövrieren. Da die Meinung, welche die Welt von dem Stande der Dinge im fernen Osten hat, fast

ebenso wichtig ist wie die Entscheidung selbst, so werden von den beteiligten Staaten die widersprechendsten Meldungen in Umlauf gebracht. Es ist daher unmöglich, sich ein klares Bild von der jeweiligen Kampflage und von den endgültigen Erfolgsaussichten zu machen. Auch das angeblich jedem imperialistischen Krieg abgeneigte Sowjetrußland verfolgt mit seiner Parole „China den Chinesen“ machtpolitische Zwecke. Es weiß genau, daß ein geeinigtes sich seiner Nationalität bewußtes chinesisches Volk für die Dauer keine Vormundschaft an der Westküste des pazifistischen Ozeans dulden wird. Wenn dann sowohl Japan wie Frankreich, Amerika und England vom chinesischen Territorium weggesetzt sein werden, hat Sowjetrußland freie Hand, um seine weltrevolutionären Ideen in die empfänglichen Gemüter der Chinesen hineinzuträufeln. So läuft die Politik aller im fernen Osten interessierten Staaten auf die Entfaltung von Völkerschlachten hinaus, sei es eine Schlacht der einzelnen Völker gegeneinander oder Schlachten der einzelnen Volksteile untereinander.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 22. Oktober 1924.

Personliches.

Dem Unterlehrer Kurt Zippel in Gehlingen wurde eine Lehrstelle an der evg. Volksschule in Steinmetronn, WVA. Stuttgart übertragen.

Vollmiete für Oktober.

Man schreibt uns: Das Monatsende naht und in vielen Familien erhebt sich die Frage, wie man sich zur Vollmiete stellen soll, die das Württ. Ministerium des Innern durch Erlass vom 26. 9. ds. Js. vorgezeichnet hat. Sie gilt in Stuttgart für Wohnungen mit einer Friedensmiete von 1700 M aufwärts; in Ulm, Heilbronn, Eßlingen, Ludwigsburg und Neutlingen bilden 1200 M die Grenze, in den übrigen mittleren Städten 1000 M, in Gemeinden von 4000—10 000 Einwohnern 800 M, in den sonstigen Gemeinden 600 M. Es kommen nun namentlich aus den mittleren Städten schwere Klagen, daß diese Vollmiete nicht zu erzwungen sei. Denn die Betroffenen sind nur in wenigen Fällen reiche Leute, meistens verarmter Mittelstand, der keine billigere Wohnung finden kann, hauptsächlich auch kinderreiche Familien. Solche Notrufe erhoben sich schon damals, als auf 1. April ds. Js. das Ministerium die Friedensmieten von 2000 M auf 100 Prozent steigerte. Das Ministerium sah sich dadurch veranlaßt, unterm 14. April die Verfügung dahin abzuweichen: wenn die Einkommensverhältnisse des Mieters es rechtfertigen, kann er verlangen, daß der Vermieter die Vollmiete auf den allgemeinen Satz (damals 60 Proz., jetzt 70 Proz.) ermäßigt; im Streitfall soll das Mieteinigungsamt entscheiden. Daß diese Ausnahme auch heute noch gilt und zwar auch für diejenigen, die erst seit Oktober in die Klasse der Vollmieter eingerückt sind, ergibt sich aus dem Zusammenhalt der 3 Erlasse, ist aber leider in weiten Kreisen der Neubetroffenen unbekannt. Es kann den Parteien auch nicht zugemutet werden, die früheren Erlasse, die sie nichts angingen, im Gedächtnis zu haben. Daher wäre es sehr erwünscht gewesen, wenn die Ausnahmebestimmung im neuesten Erlass erwähnt und damit viel Beunruhigung, Ärger und Streit erspart worden wäre. Der neue Erlass bedeutet zweifellos eine große Härte für alle Mieter, deren Einkommen die Friedensbezüge noch nicht erreicht hat, da ja auch die sonstigen Lebenshaltungskosten über dem Friedensstand liegen. Die Anzukünder der Hausbesitzer bleibt ebenfalls bestehen, da ihre Mehreinnahmen weggesteuert werden. Württemberg marschiert hier wieder im Reich voran. Einer Menge von Beamten wird zugemutet, entweder mit ihrem beschnittenen Gehalt die Vollmiete zu leisten oder an den Hausbesitzer unter Darlegung ihres Einkommens mit der Bitte um Ermäßigung heranzutreten und sich womöglich noch vor dem Mieteinigungsamt herumzusträuben. Nur dann könnten sich diese Kreise mit dem neuen Erlass abfinden, wenn sie darin ein Anzeichen erblicken könnten, daß sich die Regierungen alsbald entschließen werden, die vollen Friedensbezüge wiederherzustellen. Den Beamtenvertretungen wäre zu empfehlen, der württ. Regierung einen Vorstoß in dieser Richtung nahe zu legen.

Werbe-Sport-Abend des Radfahrervereins Calw.

Am letzten Samstag fand im großen Saal des „Bad. Hof“ ein Werbesportabend des hiesigen Radfahrervereins unter Mitwirkung des Radfahrervereins Wanderer-Stuttgart e. V. 1901 statt. Der Vorsitzende des Vereins, Zollssekretär Beigel, konnte in seiner Begrüßungsansprache eine sehr große Besucherzahl willkommen heißen, was im Interesse des Vereins sehr erfreulich war. Er entwarf ein Bild von der bisherigen Geschichte des Radfahrersportes in unserer Stadt, wobei er an die Gründung des ersten Radfahrervereins im Jahre 1897 und sein unruhliches Ende erinnerte. Worte treuen Gedankens widmete er dem verstorbenen Vereinsmitglied Walz, zu dessen Ehren sich die Erschienenen von den Sitzen erhoben. Dann wurde das reichhaltige Programm des Abends mit einem Sechser-Flaggenreigen eröffnet, der von Mitgliedern des Radfahrervereins Wanderer-Stuttgart sehr geschickt und kunstvoll ausgeführt wurde. Dieser Vorführung folgte ein Vortrag des Geschäftsführers Schäfer, Gau Stuttgart des B. d. R. über Zweck und Ziele des „Bundes deutscher Radfahrer“, in welchem der Vortragende mancherlei belehrende Aufschlüsse über die Einrichtungen in diesem Bund gab. Großen Beifall erntete ein Zweier-Damenkunstfahren, wobei man erstaunliche Leistungen bewundern konnte. Unter der räumlichen Beschränkung der Bühne, die für solche Kunstübungen nicht die ausreichende Tiefe besitzt, litt leider der Sechser-Damenreigen etwas. Doch sah man auch hier, daß wohlgeschulte Kräfte am Werk waren. Von origineller Wirkung war die Vorführung eines Radballspieles, einer neuen Sportart, welchem die Zuschauer mit großem Interesse folgten. Der zweite Teil des Programms brachte ein Kxophon-Solo, sowie ein Rollschuhpaarkunstlaufen; beide Leistungen wurden mit nicht endenwollendem Beifall belohnt. Ebenso erregte der humorvolle Sechser-Schusterjungenreigen großen Jubel. Der Glanzpunkt des Abends war das Zweier-Jugendkunstfahren, das mit hervorragendem Schneid gefahren wurde, eine Leistung, zu welcher man die jugendlichen Radfahrerkroben nur beglückwünschen kann. Ein Trompetensolo, von Herrn Bathge gut zum Vortrag gebracht, beschloß das vorzüglich gewählte Programm. Nachdem noch die Verlosung eines Damens- und eines Herrenfahrrads vorgenommen worden war und die glücklichen Gewinner festgestellt waren, fand eine Tanzunterhaltung im kleinen Saal statt. Der wohlgelungene Werbeabend führte dem jungen Verein 10 neue Mitglieder zu, gewiß ein schöner Erfolg.

Wie hoch ist der Findexlohn?

Ueber diese Frage sind vielfach irrtümliche Meinungen im Umlauf. Der Findexlohn beträgt von dem Werte einer Sache bis zu 300 Mark 5 v. H., von dem Mehrwert 1 v. H., bei Tieren 1 v. H. Es ist jedoch ratsam, sich den Findex anzusehen und bei wertvollen Gegenständen sich nicht auf den Buchstaben des Gesetzes zu verlassen. Der Anspruch auf Findexlohn ist ausgeschlossen, wenn der Findex den Fund auf Nachfrage verheimlicht. Nach Ablauf eines Jahres geht das Eigentumsrecht auf den Findex über.

Ohne Lichtbildrahmen.

Vom Lichtbildrahmenzwang befreit sind auf Antrag des Reichsamts für Arbeitsvermittlung Arbeitskräfte, die zur Einbringung der Kartoffel- und Rübenarten herangezogen werden und Wochenlöhne benötigen. Sie müssen einen Ausweis des zuständigen öffentlichen Arbeitsnachweises vorzeigen. Die Reichsbahndirektionen sind ermächtigt, derartigen Anträgen bis zum 30. November zu entsprechen. Berufungen soll entgegnet werden, daß es sich um eine einmalige, zeitlich beschränkte Notstandsmaßnahme handelt.

Wetter für Donnerstag und Freitag.

Der Tiefdruck im Nordwesten beherrscht noch die Wetterlage in Süddeutschland, so daß für Donnerstag und Freitag mäßig kühles, aber bewölkt und zu Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten ist.

Platanenallee Nr. 14

Roman von Dr. P. Meißner.

37. Fortsetzung. (Alle Rechte vorbehalten.) Nachdruck verboten.

Jetzt stand der Deffnung des Pakets kein Hindernis mehr im Wege. Vorsichtig wurde das ziemlich dicke Packpapier auseinander gefaltet, damit ja die vorhandenen Knide bestehen blieben, sonst hätte das Schließen später Schwierigkeiten gemacht.

Die nächste Umhüllung war eine Nummer der Berliner Nachrichten vom 1. Mai 1903, Morgenblatt, dann kam der Inhalt:

Ein recht schmutziges und schlecht gehaltenes Dienstbuch, ein Militärpaß, zwei voll geklebte Invalidenarten, ein Spartassenbuch auf die Sparkasse in Chemnitz lautend mit ausgeglichenem Konto und als letztes ein mit ungekempelten Marken versehener, fünfmal versiegelter, aber an der Schmalseite ziemlich unregelmäßig aufgerissener Briefumschlag mit folgender Aufschrift:

Inliegend Mk. 500.—

August Ribbentrop,

Gymnasialprofessor in Zwickau.

„Na, Braun, was sagen Sie dazu? Die Kasse läßt das Maufen nicht.“

„Es ist toll.“

Helmstedt zog vorsichtig den Inhalt des Kuverts heraus. Es waren vier Hundertmarkscheine und ein kurzes Billet.

„Bier? Es steht doch aber fünfhundert auf der Briefhülle, Herr Doktor.“

„Na, hundert Mark wird sich Ihr „Freund“ gleich behalten haben.“

„Dieser Salunke hat entweder den Brief zu besorgen bekommen und als sein Herr tot war, ihn einfach nicht abgeschickt, oder hat ihn vom Schreibtisch des Ermordeten entwendet.“

„Ich glaube, Herr Doktor, das letztere war der Fall, denn am dreißigsten April abends, der Brief ist doch offenbar nach der Unterhaltung von Neffe und Onkel geschrieben, konnte er den Brief ja nicht mehr zur Post geben und am Morgen des ersten Mai konnte ihn Ribbentrop nicht mehr aushändigen, weil er tot war.“

„Na, so sicher ist das nicht, lieber Braun, aber das bringe ich schon heraus. Jedenfalls hätten wir den sauberen Herrn jetzt in der Hand.“

„Ja, wir könnten ihn sofort daraufhin verhaften lassen.“

„Das könnten wir schon, aber ich glaube, das wäre sehr dumm. Vor allem wollen wir aber das Paket wieder schließen.“

Helmstedt sah noch schnell den übrigen Inhalt durch, aber er war ohne Belang.

„Wissen Sie, Braun, Brief und Hülle möchte ich schnell noch photographieren, besser ist besser.“

Schnell waren die nötigen Vorbereitungen getroffen, der Apparat eingestellt, die Projektionslampe warf ihr

gralles Licht auf das Kuvert und den Brief, die Helmstedt auf einem senkrecht stehenden Reishrett vorsichtig befestigt hatte. Die Exposition nahm nur wenige Minuten in Anspruch.

„So, entwickeln tue ich später. Nun müssen wir uns eilen, es ist gleich dreiviertel sieben. Wollen Sie sich inzwischen ein Auto bestellen? Frau Waiß weiß die Telefonnummer.“

Helmstedt holte einen Kasten herbei, in dem eine Menge Sorten Siegelack lagen. Mit Sorgfalt suchte er eine Stange aus, die genau die Farbe der abgelösten Siegel hatte. Mit ihrer Hilfe wurden die Siegel wieder aufgelöst, und als nach der Skizze der Bindsaden geschnürt war, hätte kein Mensch sehen können, daß das Paket jemals geöffnet worden wäre.

„So, Braun, nun schnell zur Bank. Seien Sie vorsichtig, daß die Siegel nicht brechen. Bestellen Sie einen Gruß an Herrn Hammer und meinen Dank. Dann kommen Sie wieder her, denn wir müssen noch darüber reden.“

Also ein gemeiner Diebstahl, während der Herr nebenan ermordet lag, oder eine Unterschlagung. Das mußte festgestellt werden. Erst wollte er die Platten entwickeln und vergrößern.

Die Kaminuhr holte gerade zum Schlagen der achten Stunde aus, da ließ sich Braun wieder melden. Helmstedt zeigte ihm die wohlgelungenen Aufnahmen.

(Fortsetzung folgt.)

Neuenbürg, 18. Okt. Am 15. Oktober waren im Bezirk Neuenbürg 103 unterfützte Erwerbslose und zwar 102 männliche und 1 weibliche mit 142 Zuschlagsempfängern vorhanden. Gegenüber dem Stand vom 1. Oktober ist eine Abnahme von 16 Erwerbslosen zu verzeichnen.

(S.C.B.) Maulbronn, 21. Okt. Die Amtsversammlung befaßte sich ausgiebig mit Verkehrsfragen. Es wurde beschlossen, die bestehenden Postautolinien Mülhacker-Sternenfeld und Mülhacker-Wurmberg nach Verdingen und Wimsheim weiterzuführen, die neue Verbindungstrecke Wurmberg-Wimsheim würde eine durchgehende Linie Mülhacker-Leonberg herstellen. Es käme dies in gleicher Weise der vom Württemberg-Verkehrsverband angestrebten Kraftpost zu gut. Eine neue Linie Maulbronn-Knittlingen-Bretten soll eingerichtet werden. Ein Schmerzenskind besonderer Art ist der unterbrochene Bahnbau Bretten-Kirnbach (die Teilstrecke Knittlingen-Bretten ist fast vollendet). Die von den betreffenden Gemeinden verlangten Leistungen sind untragbar. Die Versammlung beschloß eine Eingabe an die Reichsbahn wegen Fortführung dieser Arbeiten.

(S.C.B.) Leonberg, 18. Okt. Vom Amtsgericht wurden acht Milchproduzenten aus Mülhingen zu Geldstrafen von 30 bis 150 Mark verurteilt, weil sie die nach Stuttgart gesandte Milch bis zu 30 Prozent entrahmt bzw. bis zu 45 Prozent gewässert hatten.

(S.C.B.) Stuttgart, 21. Okt. Die sozialdemokratische Fraktion des Landtags hat folgende Große Anfrage eingebracht: Die von der Reichsregierung durch eine Herabsetzung der Gütertarife und Postgebühren, eine Ermäßigung der Umsatzsteuer, die Verbilligung der Kohlenpreise und eine Erleichterung der Kreditgewährung durch die Reichsbank eingeleitete Preislenkungsaktion ist völlig wirkungslos geblieben. Von einer Senkung der Preise für die notwendigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ist keine Rede, umgekehrt sind die Preise fortgesetzt im Steigen begriffen. Die Lebenslage der Lohn- und Gehaltsempfänger, der Klein- und Sozialrentner und anderer wirtschaftlich schwacher Kreise ist dadurch und durch die Verweigerung einer angemessenen Erhöhung ihrer Einkünfte bis zur Unerträglichkeit erschwert. Auf der anderen Seite haben die beteiligten Erwerbsstände die Profitrate bzw. die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis in aufreizend wirkendem Maße erhöht und außerdem die ganzen Vorteile der Verbilligungsmassnahmen für sich in Anspruch genommen, ohne daß von einem Eingreifen hiergegen etwas bekannt geworden wäre. Welche Massnahmen hat das Württ. Staatsministerium ergriffen, um diesen verderblichen Zuständen wenigstens in Württemberg wirksam zu begegnen? — Ferner hat die sozialdemokratische Fraktion eine Große Anfrage wegen der Notlage der Junglehrer gestellt.

Almosen oder Recht?

Von Prof. A. Bauer, Nagold.

1. Vorsitzender des Württ. Hypothekengläubiger- und Sparschulverbandes e. V., Stuttgart, und der Arbeitsgemeinschaft der südd. Sparschulverbände.

Durch die Presse sind in der letzten Zeit verschiedene Nachrichten gegangen, welche den Anschein erwecken konnten, als ob im Aufwertungsausfluß in der Frage der Verzinsung der öffentlichen Anleihen, speziell der Kriegsanleihen, der Vorschlag des Reichsfinanzministers Dr. Luther angenommen worden wäre. Das ist nicht der Fall. Vielmehr ist auch der Abgeordnete Dr. Fleischer, der eine Verzinsung von zunächst 0,5 Prozent vorgeschlagen hat, beauftragt worden, seinen Vorschlag weiter auszuarbeiten und auch das Reichsfinanzministerium soll sich mit diesem Vorschlag befassen.

Ganz falsch ist es, aus den bisherigen Verhandlungen im Unterausschuß etwa den Schluß zu ziehen, als ob auch die Frage der privaten Schuldverhältnisse damit abgetan sei. Die Beratungen haben sich vielmehr auf diese Frage noch gar nicht erstreckt.

Es muß auffallen, daß in den Verhandlungen gerade die Frage der Kriegsanleihen in den Vordergrund gerückt wurde, während solche Staatsanleihen, die werbenden Zwecken dienen, und die städtischen Anleihen, die fast ausschließlich der Schaffung werbender Anlagen dienen, in den Hintergrund traten. Sollte darin Abhilfe liegen?

Die Vorschläge des Reichsfinanzministers gehen kurz gefaßt darauf hinaus, die Kriegsanleihen im allgemeinen zu annullieren und den Allerbedürftigsten eine unzureichende Rente zu reichen, also an Stelle des Rechtsanspruchs ein Almosen zu setzen. Dieser Weg ist falsch. Es ist grundverkehrt, die Zahl der Ren-

tenempfänger noch mehr zu erhöhen. Man müßte den umgekehrten Weg gehen: durch Anerkennung der Schuldverpflichtungen und durch Wiederaufnahme der Zinszahlung den größten Teil der Rentner wieder auf eigene Beine zu stellen.

Die Nichtigertklärung der Vermögensanlagen hat zahlreiche Volksgenossen widerrechtlich ihrer Kaufkraft und Steuerkraft beraubt. Die Wiederherstellung der Vermögensanlagen allein kann hier Wandel schaffen. Soweit es sich um Verzinsung des Ge-

Die Aufwertungsfrage

wird im Calwer Tagblatt stets eingehend behandelt, wer deshalb ein Interesse an dieser Frage hat, der bestelle auf 1. November

das Calwer Tagblatt

samtvolkes handelt, so kann sie nur vom Gesamtvolk getragen werden, nicht von den Sparern, Rentnern und Gläubigern allein.

Daß der Reichsfinanzminister sein Kind, die dritte Steuernotverordnung, bis zum äußersten verteidigen würde, war vor auszusehen. Die Frage ist nun die, ob die politischen Parteien immer noch nicht die Einsicht gewonnen haben, daß der Weg, der mit der dritten Steuernotverordnung beschritten wurde, grundfalsch war und immer noch nicht den Mut besitzen, Dr. Luther in dieser Frage die Gefolgschaft zu kündigen.

Wohl ist zuzugeben, daß gerade bei den Kriegsanleihen die Lösung am schwierigsten sein wird, weil die Sachwerte, die aus ihr beschafft wurden, zum größten Teil verpulvert worden sind. Die Kriegsanleihen haben aber auch dazu gedient, die Taschen der Kriegslieferanten zu füllen. Kann man in Deutschland nicht den Willen und die Energie aufbringen, die Bereicherung im Krieg und nach dem Krieg festzustellen und steuerlich aufs schärfste zu erfassen? Wären hier nicht die Mittel zu finden, die Kriegsanleihen im bescheidensten Maße zu verzinsen — unter Ausschluß der Börsenspekulation? Hat man die hohen und heiligen Zusagen vergessen, welche den Zeichnern von Kriegsanleihen seinerzeit gemacht wurden? Oder gilt das Wort heute in Deutschland nichts mehr, sind die ethischen Werte auch null und nichtig erklärt worden?

Allerdings hat man einen grundlegenden Fehler gemacht, der heute schwer wieder gutzumachen ist. Man hat versäumt, rechtzeitig festzustellen, daß die Inflation die Schuldverpflichtungen der Privaten und der öffentlichen Körperschaften nicht beseitigt hat und daß nach wie vor für die Verzinsung ein Passivposten in den Haushalt des Staates und der Privaten aufgenommen werden muß. Man hat den fremden Sachverständigen den Anlaß gegeben, hohe Wiedergutmachungsforderungen zu stellen, obwohl die Kaufkraft und Steuerkraft eines Teils des Volkes vernichtet ist. Man hätte mit aller Energie die Pflicht zur Anerkennung der Schulden und der Wiederaufnahme der Zinszahlung vertreten müssen, schon um Poincaré zu widerlegen, der ja bekanntlich behauptete, Deutschland habe absichtlich seine Währung vernichtet — ein Glaube, der im Ausland heute allgemein ist und der heute auch von vielen Deutschen geteilt wird.

Ein Berliner Bankier hat vor kurzem einem amerikanischen Zeitungsmann gegenüber erklärt, das Londoner Abkommen müsse in einem Punkt abgeändert werden — um der deutschen Wirtschaft willen: Es müsse ein Posten für Zinszahlung in den Etat des Reiches eingesetzt werden. — Das ist in der Tat der einzige Weg der Abhilfe. Er muß begangen werden, und es müssen so die bisherigen Versäumnisse wieder gutgemacht werden. Wenn Dr. Luther ihn nicht gehen kann oder will, so muß ihn sein Nachfolger gehen. Luthers Weg ist falsch. Der Berliner Bankier hat recht. Die Vernichtung des Sparkapitals hat dem deutschen Kreditwesen den Boden unter den Füßen weggezogen, hat

die Kaufkraft weiter Kreise des Volkes untergraben und damit wiederum die deutsche Wirtschaft geschädigt, hat an Stelle der Steuerkraft bei vielen das Bedürfnis nach Renten gesetzt, hat schließlich — was außerordentlich schwer ins Gewicht fällt — das Vertrauen, die unentbehrlichste Grundlage der Wirtschaft eines Volkes, zerstört.

Eine Arbeiterfrau schrieb mir vor kurzem, sie werde ihre Kinder um ihrer selbst willen zur Moral erziehen, zum Glauben an menschliche Gerechtigkeit könne sie dieselben nicht erziehen. Sie schrieb weiter, nachdem ihre Ersparnisse von 12 000 M vernichtet worden seien, werde sie ihre neuen Ersparnisse, die bereits einige hundert Mark betragen, keiner Spartasse mehr anvertrauen. So denken und handeln Tausende, ja Hunderttausende. Wie soll da die deutsche Wirtschaft wieder auf gesunde Grundlage gestellt werden können, wie soll der deutsche Staatsgedanke erstarken können?

Einer der Sachverständigen, die im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik die Währungsfrage wissenschaftlich geprüft haben, kam zu dem Schluß, daß die Quantitätstheorie allein nicht helfen könne, daß vielmehr Vertrauen, Recht und Gerechtigkeit unentbehrlich seien für die Lösung des Währungsproblems. Seine Einsicht deckt sich wie die des Berliner Bankiers mit der Einsicht, die wir Laien schon längst gewonnen und ausgesprochen haben — mit der wir aber häufig Achselzucken begegnet sind, weil die Wirtschaftler und die Gesetzgeber vergessen haben, daß der Mensch mehr ist als eine Ziffer in einer Bilanz oder ein Rädchen einer Maschine.

Niemals können Auslandskredite den deutschen Kredit und die deutsche Wirtschaft wieder aufbauen. Nur das deutsche Sparkapital, beruhend auf dem Vertrauen der kleinen Sparer, kann diese Arbeit vollbringen.

In ernster, entscheidungsschwerer Stunde, in vollem Bewußtsein für die Verantwortung für das, was wir sagen, rufen wir den verantwortlichen Führern des deutschen Volkes zu: Haben Sie den Willen und den Mut zum Recht! Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg! Wer diesen Willen und diesen Mut nicht aufzubringen vermag, der trete ab und überlasse die Führung anderen, die dazu imstande sind!

Aus Geld-, Volks- u. Landwirtschaft. Der Kurs der Reichsmark.

Berliner Briefkurse.

1 Goldmark	1000,0 Ma.
1 Dollar	4,21 Bill.
1 holländischer Gulden	1654,1 Ma.
1 französischer Franken	219,1 Ma.
1 schweizer Franken	809,0 Ma.
Goldumrechnungssatz für Steuern	1000,0 Ma.
Reichsindexziffer	1,23 Bi.

Die Rückkehr zur Reichsmark.

Die Rückkehr zur Reichsmark vollzieht sich mehr und mehr. Bis zur förmlichen Umstellung des Postverkehrs auf Reichsmark nimmt die Post schon von jetzt an Zahlarten, Postüberweisungen und Postchecks an, die auf Reichsmark statt auf Rentenmark ausgestellt sind. Bei Einzahlungen auf Zahlarten werden alle Zahlungsmittel unbeschränkt angenommen, die zu Zahlungen an Postkassen zugelassen sind. Zu Auszahlungen des Postverkehrs werden mit Einschluß des Kassenscheckverkehrs bei den Schenkämtern werden außer der Rentenmark auch die sonst vorhandenen Zahlungsmittel verwendet. Besteht ein Zahlungsempfänger auf Auszahlung in Rentenmark und sind Rentenbankcheine nicht vorhanden, so müssen sie beschafft werden. Der Zahlungsempfänger muß sich aber nötigenfalls so lange gedulden, bis die Rentenbankcheine beschafft worden sind. Die Reichsbahn nimmt ausländische Zahlungsmittel bei der Bezahlung der Frachten aus dem Güter- und Tierverkehr nicht mehr an, weder Devisen noch Noten.

Märkte.

(S.C.B.) Weibstadt, 21. Okt. Auf dem Kirchweihmarkt waren 245 Stück Vieh zugeführt. Bezahlt wurde für Dähen 600—700, Stiere 250—280, Jungstiere 120—200, Kälberkühe 500—600, Kalbinnen 420—500, Kühe in Milch 360—400, Einstellvieh 120—230 Mark, je das Stück. Auf dem Schweinemarkt wurden für gutfleischige Läufer 180 bis 200 Mark, Milchschweine 1. Sorte 70—85, 2. Sorte 45—60, 3. Sorte 35—40 Mark für das Paar bezahlt.

Bekanntmachung betr. Errichtung einer Wasserkraftanlage an der Kleinen Enz (neues Projekt).

Der Gemeindeverband Schwarzwaldbwasserwerk nördliche Gruppe hat sein vor einiger Zeit eingereichtes Gesuch um Genehmigung zur Errichtung einer Wasserkraftanlage an der Kleinen Enz durch ein neues Projekt ersetzt. Es handelt sich um eine neue Anlage auf den Markungen Agenbach, Würzbach, Calmbach und Wildbad. Einwendungen gegen das Vorhaben sind binn. 14 Tagen, vom Erscheinen dieser Zeitungsnummer gerechnet, bei dem Oberamt Calw einzureichen. In die Pläne und Beschreibungen kann daselbst Einsicht genommen werden. Nach Ablauf der Frist einkommende Einwendungen finden in dem Verfahren keine Berücksichtigung. Calw, den 20. Oktober 1924.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Amtsgericht Calw.

Handelsregistereintrag vom 20. Oktober 1924: Christliches Hospiz und Erholungsheim Waldfrieden, Carl Spambalg in Calw. Inhaber: Carl Spambalg, Kaufmann in Calw. Prokurist: Hans Schnauffer, Bankbeamte in Calw.

Stammheim N. Calw.

Die Wählerliste

für die Ortsvorsteherwahl am 16. November 1924, umfassend den Abstimmungsbezirk der Gesamtgemeinde Stammheim — Stammheim, Waldeck, Hof Dicke — ist vom Sonntag, den 26. Oktober bis Samstag, den 1. November 1924 auf dem Rathaus in Stammheim zu jedermanns Einsicht aufgelegt. Auf den Anschlag am Rathaus in Stammheim und beim Anwaltamt Waldeck (Anwalt Mörck, Station Leinach) wird hingewiesen. Den 22. Oktober 1924.

Schultheißenamt: Dürr, A.-B.

Corsetten, Hüftengürtel, Reformleibchen, Büstenhalter, Hygia-Binden, Socken, Strümpfe
Emille Herion, Calw.

Unterreichenbach.

Am nächsten Montag, den 27. Oktober ds. Js., findet hier **Vieh- und Schweinemarkt** statt, wozu einladet. Den 21. Oktober 1924. Gemeinderat.

Farbechte Satin
in vielen Farben
Paul Käuchle, am Markt, Calw.

Habe süß. Rahm zu verkaufen

zu verkaufen P. Rothfuß, Inselfstraße. Zu verkaufen: schwarze Ueberzieher, Tuchhose, eine Weste. Wer, sagt die Gesch.-St. ds. Bl. Einen Wurf ans Freisen gew.

Wittwe